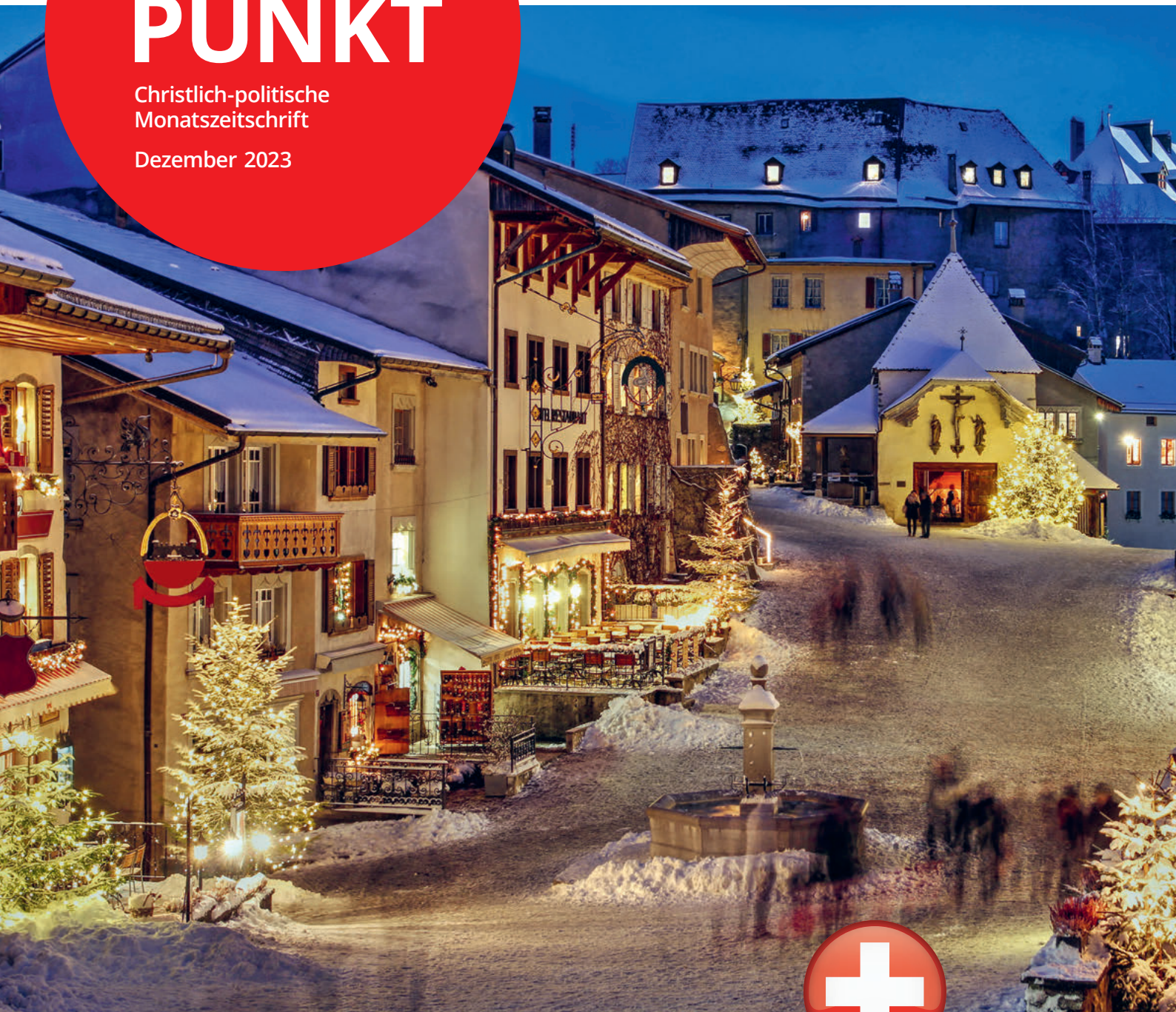


STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Dezember 2023



NEIN ZUR WHO-DIKTATUR

Was der Schweiz mit dem
WHO-Pandemievertrag droht.

Seite 6

BETEN FÜR ISRAEL

Das Volk der Verheissung
zwischen Segen und Fluch.

Seiten 10 & 11

SCHWEIZ / EU

Die Erweiterungspolitik einer immer
instabileren EU unter der Lupe.

Seite 12

Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»

Die Schweiz ist nicht in der Lage, ihre Stromversorgung jederzeit sicherzustellen. Wir steuern direkt auf eine Strommangellage zu. Es droht der Blackout. Ohne Strom stehen Gesellschaft und Wirtschaft still.

Ablauf der Sammelfrist: 01.03.2024

➔ Weitere Infos: www.blackout-stoppen.ch

«Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität ist in der Bundesverfassung zu verankern: Damit sich die Schweiz nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt und auf nichtmilitärische Zwangsmassnahmen, sprich «Sanktionen», gegen kriegführende Staaten verzichtet. Ablauf der Sammelfrist: 08.05.2024

➔ Weitere Infos: www.neutralitaet-ja.ch

«Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar!)»

Mit konkreten Massnahmen die schleichende Abschaffung des Bargelds verhindern – das bezweckt die Bargeldinitiative II. Ablauf der Sammelfrist: 21.09.2024

➔ Weitere Infos: www.ichzahlebar.ch

Aufruf: Melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse

Der Wahlkampf hat klar aufgezeigt: Um als politische Partei erfolgreich zu sein, ist die Fähigkeit zur schnellen Mobilisierung das A und O. Wenn wir als EDU rasch politische Wirkung erzielen wollen – wie vor kurzem für die Petitionen «Rettet Berg-Karabach» und «Hamis verbieten» – müssen wir unsere Mitglieder und Unterstützer auf schnellem Weg per E-Mail erreichen können. Noch fehlen uns aber von vielen «Standpunkt»-Empfängern und EDU-Mitgliedern die Mailadressen. Das wollen und müssen wir ändern!

Damit wir Sie auch in Zukunft rasch über politische Aktionen informieren können, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen.

Schreiben Sie uns eine Mail an newsletter@edu-schweiz.ch

Oder scannen Sie diesen QR-Code und Sie kommen direkt in Ihr Mail-Programm:



Wir bedienen Sie nur zu wichtigen Anlässen, wie z.B. neue Petitionen, Referenden oder Initiativen. Der Newsletter kann jederzeit wieder gekündigt werden. Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung.

EDU Schweiz

Wort des Monats

« DAS GRUNDGESETZ GARANTIERT MEINUNGSFREIHEIT, NICHT FREIHEIT DAVON, BELEIDIGT ZU WERDEN. DIESE FREIHEIT GEHT VERLOREN, WENN DIE POLITICAL CORRECTNESS DICH ZUM SCHWEIGEN BRINGT.»

Rick Warren (*1954), US-amerikanischer Pastor und Autor.

Hoffnung und Dankbarkeit



Liebe Leserinnen und Leser



Bald ist wieder ein Jahr um. Die Adventszeit steht vor der Tür und ich freue mich sehr auf diese besinnliche Zeit. Ich hoffe, dass Ihr es geniessen könnt und Euch nicht zu sehr vom allgemeinen Weihnachtsstress mitreissen lasst.

Ein spannendes, aber auch intensives Jahr liegt hinter uns. Ich durfte meinen Vater Andreas Gafner im diesjährigen Wahlkampf unterstützen, was eine sehr spannende Aufgabe für mich war. Auch der Wahlsonntag war ein Tag voller Spannung und ich wechselte stets zwischen der SRF-News-App und der kantonalen Seite mit den Resultaten hin und her, um ja nichts zu verpassen. Die Freude und Erleichterung über das super Ergebnis waren natürlich riesig!

Nicht nur die Wiederwahl und der zweite Nationalratssitz, auch die guten Resultate der jungen Listen haben mich sehr gefreut. Immer mehr Mitglieder stossen zur Jungen EDU dazu und im Hinblick auf die Anlässe, die wir fürs 2024 planen, bin ich zuversichtlich, dass wir weiterwachsen werden. Junge Christen für die Politik zu motivieren, ist mir in letzter Zeit ein grosses Anliegen geworden und ich bin gespannt, was Gott noch alles vorhat mit der Jungen EDU.

Für uns als junge Familie steht das zweite Weihnachtsfest zu dritt vor der Tür. Ich freue mich sehr auf diese feierlichen Tage. Leider gibt es aber sehr viele Menschen auf der Welt, die nichts zu feiern haben. Vielerorts herrschen Krieg, Armut, Sklaverei, Missbrauch ... Manchmal scheint es, als wäre alles aussichtslos, doch diese Verse aus Offenbarung 21 geben uns Hoffnung auf eine bessere Zukunft:

«Hier wird Gott mitten unter den Menschen sein! Er wird bei ihnen wohnen, und sie werden sein Volk sein. Ja, von nun an wird Gott selbst in ihrer Mitte leben. Er wird ihnen alle Tränen abwischen. Es wird keinen Tod mehr geben, kein Leid, keine Klage und keine Schmerzen; denn was einmal war, ist für immer vorbei.»

Lasst uns dankbar sein für alles, was wir haben, aber auch an jene denken, denen es nicht so gut geht. Gesegnete Weihnachten und alles Gute fürs 2024 wünscht Euch

Carina Burkhalter, Kassierin EDU Schweiz und Vorstandsmitglied Junge EDU Schweiz

Monats-Karikatur: Panne bei den Wahl-Ergebnissen



Würdige EDU-Wahlfeier in Huttwil

Am Samstag, 4. November 2023, lud die EDU Schweiz zur Wahlfeier im Tagungslokal «Guter Hirte» in Huttwil. Rund 100 Personen aus der ganzen Schweiz folgten der Einladung, um gemeinsam Rückschau zu halten und zu feiern.

Mediendienst EDU Schweiz

Timmy Frischknecht, Präsident der Jungen EDU Schweiz, moderierte den Anlass. Dabei führte er u. a. den EDU-Nationalräten Andreas Gafner (BE) und Erich Vontobel (ZH) in einem Interview den Puls. Untermalt wurde die Feier mit Musik und Liedern. Zwischendurch konnten sich die Gäste an einem feinen, reichhaltigen Apéro bedienen. Die Feier wurde durch das Abspielen und gemeinsame Singen des Schweizerpsalms – der eidgenössischen Nationalhymne – beendet.





EDU und Israel

Der Anlass zu meinem Bericht über die Beziehung der EDU zum Staat Israel und seinem Volk ist kein romantischer, sondern hat folgenden Ursprung.



Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

So schrieb mir ein aufgebrachtes Neumitglied, dass es erst im Frühjahr aus Sympathie der EDU beigetreten sei, weil die EDU innenpolitisch ziemlich genau seine Ansichten vertrete. Doch nun müsse es aufgrund unserer Aussenpolitik wieder austreten. Gemeint sei «die blinde absolut einseitige und eifrige israelfreundliche Haltung, die sogar noch mit einer Petition untermauert werde.» Weiter schreibt uns die erwähnte Person: «Netanyahu hat Israel zu einem Labor von Pfizer gemacht während der Covid-Impfkampagne und die EDU ist doch ziemlich impfkritisch und plädiert für Aufarbeitung. Er hat mit seiner Impfkampagne wahrscheinlich mehr Todesopfer verursacht als bisher durch die Hamas gefallen sind. Im Übrigen täte der EDU eine historische Sicht des Nahen Ostens gut und nicht ein sektiererisch verbrämtes Getue vom Heiligen Land, das es vor 2000 Jahren sicher war. Aber die Zeiten ändern sich.»

Dies als stellvertretendes Beispiel, das aufzeigt, wie schnell antisemitisch konnotierte Reflexe auftauchen können. Dazu nahm ich in einer Replik Stellung:

Mit Verwunderung nehme ich Ihre Mail bezüglich Parteiaustritt zur Kenntnis. Verwundert deshalb, weil Sie erst unserer Partei beigetreten sind und Sie sich sicher vorgängig über die EDU informiert hatten. Dort haben Sie bei den Kernthemen gesehen, dass wir hinter Israel stehen. Dies nicht einfach, weil Israel als «Heiliges Land» bezeichnet wird oder schon gar nicht, weil es sich immer «heilig» verhält. Sondern einfach aus der schlichten Tatsache heraus, dass sich Gott diesem «halsstarrigen» Volk angenommen hat. Und zwar deshalb, weil er uns damit etwas aufzeigen will. Nämlich, dass wenn er sich diesem extremen Volk annimmt, wieviel mehr er sich uns annehmen will.

Weiter sagt er: «Wer dieses Volk segnet, wird gesegnet werden und wer diesem Volke flucht, der wird verflucht werden.» Also tun wir gut daran, Ersteres zu erwählen.

Bezüglich Impfkampagne in Israel sehe ich es gleich wie Sie, nur hat das eine nichts mit dem anderen zu tun und ist somit auch kein «Widerspruch». Oder sollen wir jetzt über Israel fluchen, weil es sich von einer manipulierten Impfkampagne fehlerleiten liess? Wir stehen hinter Israel trotz des Impfwangs, den es seinem Volk verabreichte. Und wenn wir zu jemandem stehen, so pflegen wir die Treue nicht nur so lange, als der Beziehungspartner das tut, was wir für richtig halten. Oder wie handhaben Sie es mit Ihrer Frau, Ihren Kindern oder Ihren Verwandten und Bekannten, oder um direkt zu werden, mit Ihrer Partei?

Unsere Haltung hat mit «sektiererisch verbrämtem Getue» nichts zu tun, sondern eher mit Treue halten – trotz Fehlern und Versagen. Und wieso sollen wir nicht eine terroristische Organisation, wie die Hamas eine ist, auch als solche bezeichnen? Fühlen Sie sich nur der Wahrheit verpflichtet, wenn es um die Aufklärung der «Impflüge» geht? Dann handelt es sich aber nur um eine «gerichtete» Wahrheit. Und die Forderung zur Einstellung der finanziellen Unterstützung hat mit der Tatsache zu tun, dass Sie z.B. bei der Unterstützung in der Bildung im Gazastreifen nirgends etwas über den Holocaust finden werden, dafür aber Anleitungen, wie man Juden hasst. Die Absicht vieler Palästinenser war auch nie eine Zweistaatenlösung, sondern die Vernichtung und Auslöschung des jüdischen Staates. Nur so viel zur «historischen Sicht im Nahen Osten». Aber diese Informationen finden Sie genausowenig in den öffentlichen Medien wie die Wahrheit und Hintergründe der vermeintlichen Pandemie. ●

«Nein zur WHO-Diktatur»

Mit dem WHO-Pandemievertrag plant die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein Abkommen, das eine weltweite «Pandemievorsorge» etablieren soll. In der Schweiz ist die Unterzeichnung dieses gefährlichen Vertragswerks im Jahr 2024 geplant. Die EDU will die Bevölkerung – gemeinsam mit anderen Organisationen – über die Folgen des Abkommens aufklären und die Unterzeichnung durch den Bundesrat verhindern.



Anian Liebrand, Redaktionsleiter «Standpunkt»

Souveränität ausgehebelt

Der WHO-Pandemievertrag soll es möglich machen, dass die WHO nicht mehr nur – wie bisher – Empfehlungen für die Regierungen der Mitgliedstaaten abgibt, sondern Entscheidungen trifft, die als Gesetze gelten und sogar über unserer Verfassung stehen würden. Damit werden unsere demokratischen Institutionen ausgehebelt – von der WHO, die nicht demokratisch legitimiert ist. Staatliche Regierungen werden zu ausführenden Organen degradiert. Das Volk als Souverän hat dann überhaupt keine demokratische Kontrolle mehr. In Gesundheitsfragen, einem der wichtigsten Bereiche der Gesellschaft, würden die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht aufgehoben und Grundrechte stillschweigend beseitigt.

Angekratzte Vertrauenswürdigkeit

Die WHO finanziert sich zu 80 % durch Spenden. Diese stammen von IT- und Pharma-Konzernen, privaten Stiftungen und als grösstem privaten Geldgeber von der Bill and Melinda Gates-Foundation. Diese Abhängigkeiten und die Handlungen der WHO in der Vergangenheit verursachen bei kritischen Beobachtern ein mulmiges Gefühl. Wir erinnern uns, dass die WHO

während Corona viel Angstmake betrieben hat, statt sachlich zu informieren und auch Sichtweisen zu berücksichtigen, die vom Mainstream abweichen. Schon bei der «Vogelgrippe» 2005 und der «Schweinegrippe» 2009 haben die Staaten auf Druck der WHO extreme Mengen an Impfstoffen bestellt, die dann grösstenteils (auf Kosten der Steuerzahler) entsorgt werden mussten.

Sollte der WHO-Pandemievertrag angenommen werden, wäre er völkerrechtlich bindend und die unterzeichnenden Staaten wären verpflichtet, die diktierten Forderungen dieses Vertrages zu erfüllen. Es wird zwar oft beschwichtigt, der Pandemievertrag sei «nicht bindend» (als sog. «Soft law») und das letzte Wort sei immer noch bei den einzelnen Staaten. Wichtig ist aber, was im Vertrag drinsteht – und das ist haarsträubend! Noch wissen aber viele Bürgerinnen und Bürger nicht, was es mit diesem Vertragswerk auf sich hat, da die Mainstream-Medien nicht (oder sehr wenig) über diese Verhandlungen mit der WHO berichten.

Verkürzte Reaktionsfristen

Unsere Bundesverfassung gerät unter zusätzlichen Druck, weil die WHO mit einer Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) das Mitwirkungsrecht von Volk und Kantonen bei Abkommen, die die WHO betreffen, praktisch verunmöglicht. Um dies noch zu verhindern, reichte EDU-Fraktionschef Iwan Wüst mit 15 Mitunterzeichnenden im Grossen Rat des Kantons Thurgau eine dringliche Motion ein. Diese wollte den Bundesrat per Standesinitiative dazu auffordern, die geplanten Fristverkürzungen zurückzuweisen. Bis anhin hatten die Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit gehabt, um auf Regeländerungen der WHO zu reagieren. Per 27. November 2023 wird diese Frist auf zehn Monate verkürzt. Leider wurde der Thurgauer Vorstoss Ende Oktober 2023 abgelehnt – weil der Regierungsrat argumentierte, das in der Standesinitiative formulierte Datum vom 27. November sei zu kurzfristig...

Die Aufklärungsarbeit rund um den WHO-Pandemievertrag geht derweil weiter. Beachten Sie die Petition «Nein zur WHO-Diktatur» der EDU Schweiz auf www.fuer-gerechtigkeit.ch



Zahlenrätsel in der Gesundheitspolitik

Laut Krankenkassen «entwickeln sich» die Prämien «parallel zu den Gesundheitskosten», die «stark ansteigen». Aber was sagen die Zahlen tatsächlich?

Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

Seit 1996 die obligatorische Grundversicherung eingeführt wurde, sind die Gesundheitskosten um 82 % gestiegen und die Prämien um 146 %. Woher kommt der Unterschied?

Ambulant und stationär

Wir haben in der Schweiz die seltsame Regelung, dass ambulante Leistungen zu 100 % durch Krankenkassen (Prämien) bezahlt werden, stationäre Leistungen aber nur zu 45 %, der Rest meist durch die Kantone. Weil aus Spargründen mehr ambulant als stationär behandelt wird, ist der Anteil der von den Kassen finanzierten ambulanten Leistungen von 30 % (1996) auf 38 % gestiegen, was die Prämien erhöht. Das Konzept EFAS (Einheitliche Finanzierung Ambulanter und Stationärer Leistungen) würde dieses Kostenverteilungsproblem lösen. Warum tut man es nicht?

Die Reserven der Krankenkassen

Dies allein erklärt den starken Anstieg der Prämien aber nicht. 2023 wurden die Prämien 6,6 % höher. Bundesrat Berset begründete dies damit, dass die Prämien der letzten Jahre nicht kostendeckend gewesen seien. Aber ein Blick in die offizielle Statistik zeigt, dass die Kassen in der Grundversicherung 2021 mehr einnahmen als sie ausgaben:

2021, Bilanz der Krankenkassen in Franken: pro Versicherten	Einnahmen	Ausgaben	Gewinn / Verlust
insgesamt, ohne Verwaltungskosten	3'788.–	3'627.–	+ 166.–
insgesamt, mit Verwaltungskosten von 1,7 Mia.	32,8 Mia.	33,1 Mia.	- 3 Millionen

Die fehlenden 3 Millionen hätten mit einer Prämienhöhung von nur 0,8 % ausgeglichen werden können. Jedes Jahr, nicht nur 2021, zahlten die Versicherten zu viel (ausser 2009), jährlich bis zu 11 %. Das gab dicke Finanzpolster: die Krankenversicherer besaßen Anfang 2021 mit 12,4 Mia. Franken fast doppelt so viele Reserven wie gesetzlich vorgeschrieben.

Löhne und Prämien

Zwischen 2006 und 2019 sind die Prämienausgaben für einen durchschnittlichen Schweizer Haushalt um 39 % angestiegen – das entspricht 187 Franken. Die Haushaltseinkommen sind durchschnittlich um 8 % gewachsen, was 508 Franken entspricht (weil Prämien nur 6,7 % des Einkommens sind). Die Prämienbelastung sinkt somit gegenüber früher (dies gilt nicht für niedrige Einkommen und grosse Familien!).

Prämienexplosion, nicht Kostenexplosion

Die Prämien steigen stark an – die Gesundheitskosten sind in den letzten 15 Jahren aber nur um durchschnittlich 2,6 % pro Jahr gewachsen (also ein stetiger langsamer Anstieg, keine Explosion!). Die Medizin machte parallel dazu Fortschritte: In der Schweiz lebten Männer 2015 durchschnittlich 4,7 Jahre länger als 1996, Frauen 2,9 Jahre. Niemals dürfen (vermehrte) Kosten ohne den (vermehrten) Nutzen betrachtet werden. Auch das Brutto-sozialprodukt stieg 2022 um 2,6 %.

Die Gesundheitskosten nehmen zwar zu, aber immer weniger stark. Das ist in allen westlichen Industrienationen der Fall, völlig unabhängig von der Art ihrer Gesundheitssysteme. In der Schweiz stiegen die Kosten anfänglich (ab 1996) um bis zu 4,7 % pro Jahr und Person, in den letzten 10 Jahren nur noch um ca. 2,5 %.

Eingriffe zum Schaden

Gesundheitssysteme regulieren sich offensichtlich gut selber. Dennoch gab es seit 2000 in der Schweiz fünf Mal mehr Parlamentsgeschäfte dazu, mit 179 Änderungen! In ein sich selber regulierendes System sollte man nie eingreifen, man kann nur Schaden anrichten. Genau das geschieht leider: Wir sind seit Jahren daran, unser bewährtes Gesundheitssystem durch unzählige Eingriffe an die Wand zu fahren. Und das wegen einer «Kostenexplosion», die es gar nicht gibt! ●

Quelle: «synapse», Publikationsorgan der Ärztesgesellschaft Baselland und der Medizinischen Gesellschaft Basel, mit freundlicher Genehmigung. www.synapse-online.ch



Warten auf die Brennstoffzelle!

Lohnt sich das? Lasst uns das einmal von der technischen Seite her betrachten.

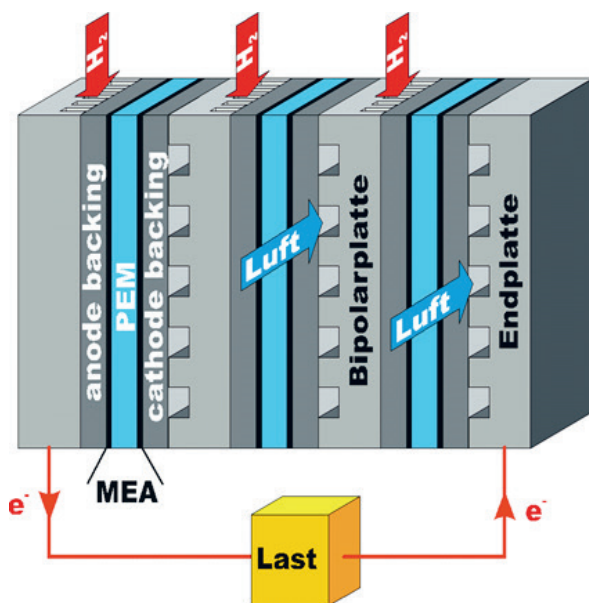
Beat Reuteler, CDM FH NDS und Masch. Ing. HTL



Die Brennstoffzelle ist ein geniales Konzept, das bereits bei der Apollo-Mission zum Mond eine entscheidende Rolle gespielt hat. Also eine seit über 50 Jahren etablierte Technik? Nicht ganz. Beim

Mondflug spielten die Kosten fast keine Rolle. Will man die Brennstoffzelle zu tragbaren Kosten bauen, muss Verschiedenes angepasst werden.

Generelle Funktion:



Im Bild sind die schwarzen Schichten Katalysatoren, die beidseitig auf die Protonenaustausch-Membran PEM aufgebracht sind. Diese Schichten sind Platin- und/oder Iridium-haltig und deshalb besonders kostspielig. Im Betrieb strömt einerseits Wasserstoff (H₂) und andererseits Luft (mit Sauerstoff) auf beiden Seiten der Membran vorbei. Die Membran lässt nur Protonen durch, weshalb sie auch so genannt wird. Der Wasserstoff verliert also seine Elektronen, die über den elektrischen Schaltkreis zur Last ziehen und wandert als Proton durch die Membran, wo er sich mit dem Luftsauerstoff verbinden kann. Die fehlenden Elektronen werden von der Last im elektrischen Schaltkreis ergänzt, womit H₂O, also Wasser, entsteht, während elektrischer Strom fließt.

Effizienz der Brennstoffzelle

Hersteller und teilweise auch wissenschaftliche Essays attestieren der Brennstoffzelle einen guten Wirkungsgrad von 60 % und mehr. Wikipedia nennt für die PEMFC jedoch einen elektrischen Wirkungsgrad von

ca. 35 %, was wesentlich tiefer ist. Vermutlich rechnen die optimistischeren Zahlen mit nahezu vollständiger Verwertung der Verlustleistung, die in Form von Wärme anfällt, was nur in Nischenanwendungen gelingt.

Die Brennstoffzelle im Auto

Verschiedene Hersteller haben sich darin versucht, die Brennstoffzelle als Herzstück von alternativen Antrieben in PKWs zu etablieren. Darunter Ford, VW, BMW, Hyundai und Toyota. Mit dem Mirai ist Toyota als einzigem gelungen, eine respektable Stückzahl ihres Wasserstoff-Autos zu verkaufen. Die anderen haben ihre Experimente abgebrochen oder auf den Markt für grössere Einheiten (LKWs) verlegt.

Vorteil(e) gegenüber dem Batterie-elektrischen Antrieb

Es werden oft Reichweite, Betankungszeiten und die vom Stromnetz entkoppelte Herstellung von H₂ als Brennstoff, aber auch die bessere Umweltbilanz genannt. Letzteres vor allem im Hinblick auf grosse Bergbaumassnahmen für Batterie-Rohstoffe.

Leider (für dieses Konzept) wurden diese Vorteile über die letzten Jahre zunehmend entkräftet. Die Reichweite des Mirai ist im Vergleich höchstens durchschnittlich, und die Ladezeiten beim Schnell-Laden von Batterien wurden verkürzt. Dazu kommt, dass wegen der Verwendung von Platin (Edelmetall) und/oder Iridium in der Brennstoffzelle auch die Vorteile bei der Umweltbelastung bestritten sind. Statt Leichtmetalle, wie bei der Batterie, werden hier Schwer- und Edelmetalle abgebaut. Ausserdem ist die Membran fluorhaltig. Dazu kommen gewichtige Nachteile wie insbesondere der Gesamtwirkungsgrad (einschliesslich der notwendigen Elektrolyse), zu denen es keine bekannten zukünftigen Verbesserungen gibt.

Mein persönlicher Standpunkt

Je nachdem, über welche Anwendungen wir sprechen, sollte niemand auf die Brennstoffzelle warten: Für das Auto, für Heimanwendungen wie z.B. urbane Autarkiesysteme oder saisonale Speicher, für Gebäudeheizungen usw. In all diesen Feldern ist die Batterie derart überlegen, dass fast kein Weg daran vorbeiführt. Wo die Brennstoffzelle hingegen weiterhin intakte Chancen hat, sind im Langstrecken-Frachtverkehr, im Schiffbau, im Notstromaggregat für schützenswerte Betriebe und weitab der Zivilisation liegende Bauten, die keinen Anschluss an das Stromnetz haben (können). Falls es gelingt, die Kosten zu senken, wäre auch die Rückverstromung von ohnedies abgeregelter, nun aber in H₂ umgesetzter überschüssiger erneuerbare Energie im Winter denkbar. ●

Verarmung im Miteinander

Die Gleichmacherei der Geschlechter, geförderte und bevorteilte Doppelverdiener-Ehepaare, subventionierte Fremdbetreuung, der Lehrplan 21, Handys, sexuelle Entartungen; diese und andere Dinge mehr (wie die Egozentrik) leisten der Verarmung des Miteinanders und Füreinander-Daseins Vorschub.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen



In Galater 5.22.26 und 6,10 steht: «Die Frucht des Geistes aber ist Liebe, Freude, Friede, Langmut, Freundlichkeit, Güte, Treue, Sanftmut, Selbstbeherrschung. Lasst uns nicht nach leerem Ruhm streben, einander nicht herausfordern noch einander beneiden!

So lasst uns nun, wo wir Gelegenheit haben, an allen Gutes tun, besonders aber an den Hausgenossen des Glaubens.»

Schlussendlich geht es um ein Leben zur Ehre Gottes und damit um unser Kümmern um unsere Kinder, unsere Ehepartner, unsere Nächsten, um das Miteinander, das Füreinander-Dasein. Diese Bestrebungen vertragen sich schlecht mit Egoismus, Streben nach Karriere, Macht, Ruhm, Geld und Ehre um der Ehre willen.

Staatlich gelenkte Fremdbetreuung

Doch gerade den Frauen wird beigebracht, dass sie nicht daheim für ihre Kinder und ihren Mann «die besten Jahre vergeuden» und ihre beruflichen Potenziale brach liegen lassen sollen. Sie werden in der Wirtschaft gebraucht und der Staat freut sich natürlich über mehr Steuern. Deshalb unternimmt der Staat alles, um Doppelverdiener mit Ausgaben für die Fremdbetreuung steuerlich und mit immer höher subventionierten Betreuungsplätzen zu bevorteilen. Wie gerade wieder der Kanton St. Gallen mittels Abstimmung am 19. November. Der Kantonsrat unterstützte dieses Anliegen beinahe einstimmig.

Gewollte Benachteiligung

Je früher und umfassender jedoch Kinder fremdbetreut werden, umso grösser wird die Gefahr, dass sie entwurzelt, fremdbeeinflusst und manipulierbar werden. Elterliche Zuwendung, Liebe, Vertrautheit und Verlässlichkeit können nicht durch wechselnde Betreuungspersonen ersetzt werden. Trotzdem werden Familien ohne Fremdbetreuung zunehmend benachteiligt und bezahlen über die Steuern erst noch mit an die Betreuungskosten anderer Familien.

Erschwertes Lernen und Miteinander

Leider setzt der Lehrplan 21 ebenfalls weniger auf das Miteinander im Klassenverband mit einer Lehrperson im Zentrum. Kinder sollen möglichst bald individuell lernen und Verantwortung für ihren Lernerfolg über-

nehmen. Nicht wenige Heranwachsende werden dabei heillos überfordert, demotiviert und im Stich gelassen. Motivierendes Mit- und Voneinander-Lernen, das Aufeinander-Eingehen hat an Bedeutung verloren. IT-Programme nehmen Überhand und degradieren den Lehrer zum Lernbegleiter. Die Integration von Kindern mit unterschiedlichsten Behinderungen erschwert das Lernen und Lehren zusätzlich. Kein Wunder, dass viele Lehrpersonen in andere Berufe flüchten. Was für die Familien und für die Schulen gilt, gilt auch im Pflegebereich. Eine überbordende Bürokratie geht oft auf Kosten einer einfühlsamen Betreuung. Es ist total frustrierend, wenn man Kindern und Mitmenschen nicht so gerecht werden kann, wie man es gerne möchte.

Ungewolltes Ursachenverständnis?

Der besorgniserregende Alkoholkonsum, nicht wenige mittlere bis hohe psychische Belastungen bei Frauen, aber auch Männern sowie die stete Zunahme an Übergewichtigen könnten auch einen Zusammenhang mit fehlender Nestwärme und nicht richtig gelernter Beziehungsfähigkeit haben (neben vermittelten Ängsten wegen dem Klima und Krankheiten). Wir Christen können einen Unterschied machen. Gottes Wort gibt uns Orientierung und der Heilige Geist hilft uns, unser Verhalten daran auszurichten. ●





Das Volk der Verheissung zwischen Segen und Fluch

Die Gräuel, die sich am frühen Morgen des 7. Oktober in Israel ereigneten, sind kaum in Worte zu fassen. Es war der Tag der Gesetzesfreude, an welchem die Schriftlesung in den Synagogen beim letzten Kapitel des 5. Buches Mose angelangt ist. Doch an Simchat Thora des noch jungen jüdischen Jahres 5784 geschah eine Katastrophe – eine Shoah!



Eveline Rytz

Wie konnte Israel, das wie kaum ein anderes Land seiner Grösse über ein so hochtechnisiertes Sicherheitsdispositiv verfügt, derart überrumpelt und auf brutalste Art überfallen werden? Sowohl der Staatssicherheitsdienst Shin Bet als auch die Armee versagten kläglich und letztlich auch die israelische Regierung von Benjamin Netanjahu. Unter ihm erlebte das Land, vor allem in seinen bisher fünf Amtszeiten von 1996–1999 und insbesondere von 2009–2021, für israelische Verhältnisse relative Sicherheit. Doch seine sechste Amtszeit, die er Ende letzten Jahres antrat, wurde nun für den Garanten von Sicherheit und Stabilität zum Debakel. Sein politisches Ende zeichnet sich ab und endet wohl wie schon die Amtszeiten vieler seiner Vorgänger in einer Tragödie infolge von Intrigen, Krieg, Krankheit, Wahldebakel oder gar Mord.

Krieg, Mord, Krankheit

Aufmerken lässt, dass sich Israel nun praktisch auf den Tag genau nach 50 Jahren wieder in einer ähnlich bedrohlichen Lage befindet. Auch damals wurden die Aktivitäten ihrer feindlichen Nachbarn im Vorfeld unterschätzt oder fehlinterpretiert. Um die im Sechstagekrieg von 1967 an Israel verlorenen Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel zurückzuerobern, starteten Syrien und Ägypten am 6. Oktober 1973 einen Überraschungsangriff am höchsten jüdischen Feiertag, dem Versöhnungstag Jom Kippur. Erst nach zwei Tagen wendete sich das Blatt zugunsten Israels. Über 2'500 israelische Soldaten verloren aber ihr Leben und nur Monate später

dankte Ministerpräsidentin Golda Meir ab, da sie die Verantwortung für diesen Krieg übernahm.

In der Folge üb(ten immer wieder Grossmächte, die UNO und NGOs Druck auf Israel aus und der kleine Judenstaat muss(te) sich immer wieder rechtfertigen. 1979 gab Israel die Sinai-Halbinsel an Ägypten zurück und die dort lebenden israelischen Siedler wurden ermutigt, im Gazastreifen (u.a. Gush Katif) eine neue Existenz aufzubauen. Auch machte die menschliche Idee einer Zweistaatenlösung erneut die Runde. So auch jetzt wieder, obwohl die Bibel eine solche nicht vorsieht. Dieser ziemlich nah gekommen zu sein schien der damalige US-Präsident Bill Clinton. Er brachte Anfang der 90er-Jahre PLO-Führer Yassir Arafat, durch welchen die Bezeichnung Palästinenser anstelle von Arabern eingeführt wurde, und Ministerpräsident Yitzhak Rabin an einen gemeinsamen Verhandlungstisch. Als Folge dieses Oslo-Abkommens wurden sowohl Rabin, seinem Aussenminister Peres als auch Yassir Arafat, der sich die Vernichtung des jüdischen Staates auf die Fahne geschrieben hatte, 1994 der Friedensnobelpreis verliehen. Doch die vermeintlichen Einigungen lösten sich immer wieder in Luft auf und Yitzhak Rabin wurde im November 1995 anlässlich einer Friedenskundgebung erschossen. Sein junger Mörder bezichtigte ihn des Verrats am jüdischen Volk.

Auch Ariel Sharon wurde wie von unsichtbarer Hand aus dem Verkehr gezogen. Obwohl ein starker Verfechter der israelischen Siedlungspolitik, legte

er einen nach ihm benannten Abzugsplan aus den jüdischen Siedlungen im Gazastreifen vor. Der militärische Aufwand, diese Siedlungen zu schützen, sei zu hoch. Der damalige Finanzminister Benjamin Netanjahu trat als Gegner dieses Plans kurz vor der im August 2005 ausgeführten Zwangsevakuation und -räumung zurück. Wieder standen die Siedler vor dem Nichts – einige schon zum zweiten Mal! Ihre modernen Gewächshäuser, in denen sie u.a. Blumen für Europa kultivierten, wurden nach der Räumung von den Bewohnern (gemäss Zephania 2,4-6 sind es Krether und nicht Palästinenser) zerstört. Ariel Sharon fiel im Januar 2006 in ein Wachkoma, aus welchem er während acht Jahren bis zu seinem Tod im Januar 2014 nicht mehr erwachte.

Gott hat seine Hand im Spiel

Bibelkenner sind überzeugt, dass das eigentliche Problem Israels bereits mit dem ersten König der Juden begann. In 1. Samuel 15 ist nachzulesen, dass König Saul den Auftrag Gottes, die Amalekiter auszurotten, nicht vollständig ausführte und deswegen von Gott verworfen wurde. In der Folge wurden Mitglieder des jüdischen Volks immer wieder von anderen Völkern bedroht, angegriffen und auch

getötet. Was sich in den 18 Jahren seit Israels Abzug im Gazastreifen zusammengewürdet hat, bekam das jüdische Volk nun auf brutalste Weise zu spüren. Mitschuldig ist u.a. auch der Westen (UNO, EU, NGOs, auch die Schweiz), welcher trotz vereinzelter Warnungen kaum einem Volk Gelder in solcher Höhe zukommen liess. Die Mullahs in Teheran unterstützen die Hamas im Südwesten und die Hisbolah nördlich von Israel finanziell, militärisch und logistisch. Iran lässt sie an ihrer statt einen z. T. asymmetrischen Krieg gegen das Land der Juden führen. Man wird unweigerlich an das Buch Esther erinnert. Dort wollte Haman, übrigens ein Abkömmling der Amalekiter, das in Persien lebende jüdische Volk vernichten. Nur durch das Eingreifen Gottes ist ihm dies nicht gelungen.

Beten wir für die Befreiung der Geiseln, denn nur ein Wunder kann sie lebend aus den Händen dieser Barbaren befreien. Beten wir aber auch für das Volk Israel, damit sie ihren Erlöser und Erretter kennenlernen und ihm vertrauen, derjenige, den sie schon so lange erwarten und dessen erste Ankunft wir Christen nun in diesen Wochen wieder feiern: Yeshua ha'Mashiach! ●

Fachhändler für Naturbettwaren
Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen
Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk Huttwil

Schaukarderei
 - Naturfaserkleider
 - Jurtenübernachtung
 - Betriebsführungen
www.kamele.ch 062 962 11 52

HINE ADON
HOTEL APARTHOTEL
HINEADON.COM

DIACONIA
 Internationale Hilfe
www.diaconia.org

www.huwa.ch **Huwa** seit 1911


Mission Aviation Fellowship

MAF
maf-schweiz.ch

Ihr unkomplizierter Werbefachmann:
bezahlbar, fair und auf Augenhöhe



Anian Liebrand
 Geschäftsführer
 Firmeninhaber
 Tel. 079 810 11 91
 info@politagentur.ch
 politagentur.ch
 anianliebrand.ch

politagentur.ch
 Strategie - Planung - Umsetzung

E. + W. BERTSCHI AG

 5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Ruedi Josuran:
«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»
 lepramission.ch 

Statt Annäherung mehr Distanz zur instabileren EU

Während im Bundeshaus in Bern ein Verhandlungsmandat für einen neuen Deal mit der EU geschnürt wird, wird in Brüssel der nächste Erweiterungsschritt der EU nach Osten vorangetrieben.

Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH



Der Bundesrat hat zwar richtigerweise 2021 die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU abgebrochen, will aber über ein neues Paket von Abkommen mit Brüssel verhandeln. Aus meiner Sicht ist es jedoch eine Illusion, zu glauben, die EU werde in ihrer aktuellen Situation der Schweiz z.B. bei der automatischen Übernahme von EU-Recht, dem letzten Machtwort des EU-Gerichtshofes oder der Unionsbürgerrichtlinie usw. wesentliche Zugeständnisse machen.

EU-Ost-Erweiterung

Die EU will die bereits am EU-Gipfel 2003 in Thessaloniki traktandierten Erweiterungen realisieren. Von der EU als Beitrittskandidaten anerkannte Länder müssen hierfür in einem Reformprozess die sogenannten Kopenhagener Kriterien erfüllen. Diese verlangen u.a. eine stabile demokratische Gesellschafts- und Rechtsordnung inkl. unabhängiger Justiz und Korruptionsbekämpfung, die Einhaltung der Menschenrechte inkl. Minderheitenschutz und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Beitrittskandidaten müssen das EU-Rechtssystem, den *Acquis communautaire*, in ihr nationales Rechtssystem integrieren. Von der EU als Beitrittskandidaten anerkannt sind gegenwärtig Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nord-Mazedonien, Serbien, Montenegro, Moldawien, die Türkei und die Ukraine. Einen speziellen Status hat die Türkei, die seit 1999 EU-Beitrittskandidat ist. Die Beitrittsverhandlungen begannen 2005. Aufgrund der Menschenrechts-Entwicklungen in der Türkei unter Präsident Erdogan wurden diese von Seiten der EU 2017 sistiert.

Russland einbeziehen

Westeuropa – und die Schweiz – verdanken die Friedensphase und das Wirtschaftswunder seit dem Zweiten Weltkrieg in wesentlichen Teilen dem Engagement der westlichen Alliierten und dem Marshallplan der USA, aber auch der stabilisierenden Wirkung der EU. Die europäischen Länder müssen in die Erhaltung von Frieden und Wohlstand investieren, auch die Schweiz! Trotzdem bezweifle ich persönlich, dass die geplante Ost-Erweiterung der EU dem wünschbaren Frieden und der Stabilität dienlich ist. Wieso? Erstens sind die EU-Mitgliedsländer aufgrund der miserablen Verschuldung stark geschwächt und nur

bedingt handlungsfähig. Die notwendigen Euro-Milliarden für diese EU-Erweiterung würden nur über Schulden finanziert, was ein sehr wackeliges Fundament ist. Wenn die EU, Westeuropa inkl. Schweiz, die wirtschaftliche Entwicklung und den Frieden in Osteuropa fördern wollen, müssen sie dies zwingend in Zusammenarbeit mit Russland realisieren. Das heisst: Westeuropa muss Russland und die Ukraine zum Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen drängen. Dazu muss Westeuropa – unabhängig von den USA – den verheerenden Wirtschaftskrieg mit den Sanktionen gegen Russland beenden. Die Ukraine muss eine föderalistische Nation werden mit grösstmöglicher Selbständigkeit der russischsprachigen Gebiete, falls diese überhaupt bei der Ukraine gehalten werden können. Wirtschaftlich und politisch muss die Ukraine möglichst unabhängig und neutral sein. Sie soll sowohl mit Westeuropa und der EU, aber auch mit dem Nachbarn Russland gute Beziehungen aufbauen und pflegen können. Das Gleiche gilt aus meiner Sicht auch für den Beitrittskandidaten Moldawien. Ukraine und Moldawien sind aufgrund ihrer Lage auf friedliche politische und wirtschaftliche Beziehungen zum Nachbarn Russland angewiesen. Eine einseitige West-/EU-Orientierung der Ukraine und Moldawiens würde einen neuen «Eisernen Vorhang» gegenüber Russland bewirken. Das muss Europa im Eigeninteresse verhindern, auch gegen die Machtinteressen der USA.

Schweiz: Hausaufgaben machen

Und die Schweiz? Wenn die oben genannten Beitrittskandidaten dereinst nach Übergangsfristen EU-Vollmitglied sind, werden mit den Bilateralen Verträgen, die wir mit der EU abgeschlossen haben, auch die Personenfreizügigkeit und Schengen-Dublin für diese Länder gültig. Angesichts der Tatsache, dass die Sicherung der Schengen-Dublin-Aussengrenzen seit jeher zu wünschen übrig lässt, können wir uns vorstellen, was es bedeutet, wenn dereinst die ukrainischen und türkischen Ostgrenzen die EU-Aussengrenze bilden sollen. Die Schweiz ist gut beraten, endlich ihre Hausaufgaben zu machen und möglichst bald aus der Personenfreizügigkeit und dem Schengen-Dublin-Abkommen auszusteigen, sowie die Einwanderung und unsere Grenzen mit entsprechenden Investitionen in den Grenzschutz selber zu kontrollieren. ●

Kuschelpolitik zu islamistischem Terror dringend korrigieren

Die islamistischen Terroristenorganisationen Hamas, Hisbollah oder PLO haben alle das gleiche offen deklarierte Ziel: Die Vernichtung Israels. Dazu verüben sie seit Jahren mörderische Terrorattacken auf Israel und seine Bevölkerung sowie israelische Einrichtungen. Aber auch westliche Staaten sind Ziele solch blutiger islamistischer Terrorattacken.



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Kuscheln mit Terror-Organisationen

Diesen Terroristen sind alle Mittel recht, inkl. Selbstmord-Attentate. Dabei werden sie von islamischen Staaten unterstützt, finanziert und bewaffnet, allen voran vom Iran, Saudi-Arabien, den Golfstaaten usw. Im Gegensatz zu anderen westlichen Staaten, die u.a. die Hamas, Hisbollah und PLO als Terror-Organisationen einstufen und behandeln, betreibt die Schweiz bisher eine Art Kuschelpolitik. Sie unterliegt offenbar der Illusion, mit Organisationen, die die Vernichtung Israels auf ihre Fahnen geschrieben haben, könne man normal verhandeln, wenn man ihnen nur genügend Streicheleinheiten gebe. Die Schweiz ist das einzige westliche Land, das diplomatische Kontakte zur Hamas pflegt. So hat z.B. die Schweizer Regierung im November 2012 in der UNO einen Antrag für die Zuerkennung des Beobachterstatus für die PLO und die Hamas unterstützt. Beide Organisationen verachten mit ihren Terroraktionen die Grundsätze der UNO-Menschenrechts-Charta.

Finanzierung von Judenhass

Auch mit der Mit-Finanzierung der palästinensischen UNO-Hilfsorganisation UNRWA, die zahlreiche Schulen im Nahen Osten betreibt, deren 245 in Gaza von der Hamas kontrolliert werden, macht sich die Schweiz der indirekten Unterstützung der Hamas mit-schuldig. Dies, weil die Kinder in den UNRWA-Schulbüchern zum Töten von Juden aufgefordert werden. Diese UNRWA-Schulen unterstützt die Schweiz seit vielen Jahren mit X Millionen Steuerfranken. Daneben finanziert die Schweiz seit Jahrzehnten auch palästinensische NGOs mit massiven Beträgen, obwohl diversen dieser NGOs Intransparenz und militanter Antisemitismus nachgewiesen werden. Wenn die Schweiz als Rechtsstaat auftreten will, muss sie die bisherige Judas-Kuss-Politik gegenüber Israel und dem islamistischen Terror korrigieren.

Fortschreitende Islamisierung

Die Schweiz ist gut beraten, generell ihr Verhältnis zum politischen Islam zu überprüfen. Die von islami-

schen Staaten gesponserte schleichende Islamisierung Europas und der Schweiz ist weiter fortgeschritten, als uns lieb sein kann (siehe mein Artikel im EDU-«Standpunkt» 12-2016: «Islamisierung erfolgreicher als Evangelisierung»). Die bisherige blauäugige Ignoranz der Schweizer gegenüber dem Islam verkennt die absolute Unvereinbarkeit des Islam gemäss Koran mit einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung, welche Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau hochhält. Zwar genießt die grosse Mehrheit der bei uns friedlich lebenden Muslime diese Freiheiten gerne. Aber hinter ihnen stehen Drahtzieher, die sie über kurz oder lang zu mehr Gehorsam gegenüber dem Koran anhalten, resp. zwingen werden. Das wird islamische Parallel-Gesellschaften zur Folge haben, wie wir sie heute schon in Deutschland oder Frankreich beobachten können. Die beste Vorbeugung und Abwehr gegen die schleichende Islamisierung wäre ein offen und transparent gelebter christlicher Glaube an den Gott der Bibel und sein Wort. Das würde die Christen in den Augen der Muslime glaubwürdig machen. Aber solange das christliche Europa den Muslimen Dekadenz, gleichgeschlechtliche Ehe, LGBT, usw. vorlebt, kann ein echter Muslim nur Ekel vor einer solchen Gesellschaft empfinden, statt Achtung und Respekt. Es liegt an uns selber, dies zu ändern! ●





Sorgen machen – warum auch?

Ruedi Ritschard, Kolumnist

Jetzt reden wir doch nicht von unseren Sorgen, jetzt feiern wir doch unser Weihnachtsfest!

Jesus ist in die Welt gekommen als der Eckstein, das Fundament unseres Lebens. Er will unsere Sorgen von uns nehmen, damit wir uns freuen können. Und doch: Ich bin öfters ein richtiger «Sorgehuuffe» und Sorge mich, was morgen und übermorgen sein wird. Dabei vergesse ich fast, den heutigen Tag zu leben, zu geniessen. Aber ja, wir sind «nur» Menschen. Der eine kann alles locker nehmen, der andere sorgt sich und kann nicht mehr loben und danken. Wenn wir in die Welt hinaus schauen, machen wir uns wohl alle Sorgen. Wie geht der Krieg im Nahen Osten und in der Ukraine aus? Wir leiden, sind bedrückt. Aber Gott hat alles im Griff. Aber sicher. – In einem Lied singen wir: «Fällt euch das Lob (und der Dank) noch schwer, lähmen euch die Sorgen und die Lasten der Welt, vertraut dem Herrn, der alles fest in Händen hält!»

Genau, das ist die Lösung: Unserem Herrn vertrauen, der an Weihnachten zu uns gekommen ist und uns das Gottvertrauen gelehrt hat.

Weihnachten ist für uns Friede, Freude und Eierkuchen. Ein wunderbares Fest. Musik, Geschenke, Lachen, Liebe, Kerzenschein und feines Essen. Recht so. Sorgen machen – Fehlanzeige, findet nicht statt. Meine Gedanken wandern weit zurück. Damals, wie war das wohl vor zweitausend und einigen Jahren? Eine sorgenfreie Zeit? Eierkuchen und Süßigkeiten? Das Gegenteil. Sorgen, Angst, Verzweiflung, Verfolgung, römische Soldaten, Volkszählung und noch mehr Sorgen. Drei Beispiele? Bitte sehr:

Da ist ein junger Unternehmer in der Holzbearbeitung, ein Startup. Der Laden läuft gut. Der Umsatz stimmt. Josef sitzt am Computer und berechnet einen Dachstock. Trotz allem Erfolg drücken ihn die Sorgen. Er ist nicht bei der Sache, seine Gedanken drehen sich um Maria. Sagt ihm doch gestern seine Verlobte, dass sie ein Kind erwarte. «Ein Kind von mir, dass kann nicht sein, wir haben ja noch nicht mal miteinander geschlafen. Hat sie vielleicht ...?» Mit hoch-

rotem Kopf rennt er zur Türe hinaus, nur fort von hier, das gibt ein Gerede im Dorf!

Er ist am Boden zerstört. Sorgen, nichts als Sorgen.

Da ist die junge Maria. Sie ist hochschwanger. «Mir reicht's. Nun sind wir schon zwei Tage unterwegs und bis Bethlehem sind es immer noch 60 Kilometer. Wenn ich wenigstens auf einem Esel reiten könnte. Der Linienbus fährt auch nicht. Meine Beine sind so schwer. Und mein Bauch schmerzt. Wenn unser Baby doch schon da wäre! Josef, ich brauche eine Pause, einen Drink und einen Snack. Ich mache mir grosse Sorgen!»

Und da ist der Hotelbesitzer in Bethlehem. «Monatelang kein Knochen im Hotel, und jetzt rennen mir die Leute die Bude ein. Alles wegen dieser blöden Volkszählung. Das Restaurant übertoll, kein Food mehr, die Weinfässer leergesoffen. Wo steckt denn der Lastwagen mit den Kartoffeln? Die Leute drohen mir mit Schlägen. Was soll ich nur tun? Und jetzt noch dieser Kerl mit seiner schwangeren Frau! Meine Nerven!» Chaos pur in der Beiz. Der Wirt macht sich Sorgen um sich selber und um sein Hotel.

Wir kennen die drei Geschichten und wie sie ausgegangen sind. Es ist die wundersame Geschichte von der Geburt Jesu. Gott hat uns seinen Sohn geschenkt, damit wir uns von den Sorgen nicht auffressen lassen müssen. Wir dürfen sie abladen und Jesus übergeben. Weihnachten, Karfreitag, Ostern. Das Evangelium, die gute Nachricht von Jesus Christus, unserem Retter. Ich wünsche Ihnen sorglose, frohe Weihnachten! ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU CH: Die beiden EDU-Nationalräte Andreas Gafner und Erich Vontobel politisieren in der neuen Legislatur in der Bundeshausfraktion der SVP. An der zweitägigen Fraktionssitzung vom 3. und 4. November 2023 in Bern wurden die EDU-Vertreter zusammen mit dem Nationalrat der Lega die Ticinesi in die Fraktion aufgenommen. Andy Gafner gehört der SVP-Fraktion bereits seit seiner Wahl in den Nationalrat 2019 an. Erich Vontobel wurde am 22. Oktober 2023 neu in den Nationalrat gewählt.



EDU CH: Am 19. Oktober hat die EDU Schweiz die Petition «Terrorismus stoppen – Hamas verbieten» eingereicht. Innert bloss fünf Tagen sind dafür über 10'500 Unterschriften zustande gekommen. Am 4. November hat Bundesrat Ignazio Cassis nun Stellung zur Petition bezogen. In seinem Brief an die EDU bestärkt Cassis die Absicht des Bundesrates, «dass die Hamas als terroristische Organisation eingestuft werden sollte». Des Weiteren habe der Bundesrat eine Task Force eingesetzt und diese beauftragt, «eine detaillierte Analyse der Finanzströme im Zusammenhang mit dem Kooperationsprogramm im Nahen Osten durchzuführen.» Das Schreiben von Bundesrat Cassis endet mit dem Satz: «Ich bin überzeugt, dass die vom Bundesrat ergriffenen Massnahmen dem Anliegen Ihrer Petition entsprechen.»

EDU ZH: Der Zürcher Kantonsrat hat im November nach intensiver Diskussion mit 90 zu 74 Stimmen bei 5 Enthaltungen ein Verbot sog. «Konversionstherapien» beschlossen. Unter solchen Therapieformen versteht man gemeinhin Methoden der Psychotherapie, welche die Abnahme homosexueller Neigungen und die Entwicklung heterosexueller Potenziale als Ziel postulieren. Dem allgemeinen Zeitgeist entsprechend, vertraten die Mitte-Links-Parteien den Tenor, diese durchwegs freiwilligen Angebote als «homophob» zu stigmatisieren. Die EDU gab Gegensteuer – leider letztlich ohne Erfolg. Erich Vontobel ortete in seinem Votum bei der Gegenseite eine «Freikirchen-Phobie». Er habe seinerseits eine Coming-out-Erfahrung. «Ich machte als 15-Jähriger ein Coming-out als bekennender Christ. Das war auch nicht lustig.»



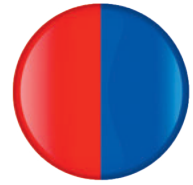
«Nie wieder ist jetzt» – vereint gegen Antisemitismus

Politiker unterschiedlicher politischer Couleurs setzten vereint einen starken Akzent gegen Antisemitismus in der Schweiz. Die friedliche Kundgebung, welche am 2. November 2023 auf dem Münsterhof in Zürich stattfand, zog laut Medienberichten zwischen 1'000 und 1'500 Personen an. Symbolhaft wurden rund 750 schützende Regenschirme mit der Aufschrift «Never again is now» («Nie wieder ist jetzt») verteilt und aufgespannt. Unter den Referenten waren namhafte Politiker verschiedener Parteien – unter ihnen der Zürcher Regierungspräsident Mario Fehr (SP).

PorNOvember: Freiheit ist möglich!

Die Initiative «porno-frei.ch» bietet mit PorNOvember konkrete Unterstützung beim Ausstieg aus dem Konsum pornografischer Inhalte. Registrierte Teilnehmer erhalten täglich eine inspirierende E-Mail mit «persönlichen Videos, spannenden Fakten und motivierenden Storys». Die Geschichten sollen aufzeigen: Wer Pornos konsumiert und merkt, dass sie ihm nicht guttun, kann damit auch wieder aufhören. Auch wer bereits pornosüchtig ist, hat die Möglichkeit, sich auf den Weg in die Freiheit zu machen. Zur Kampagnen-Website: www.porno-frei.ch

Hamas e Israele



Il drammatico blitz delle forze di Hamas in Israele del 7 ottobre scorso e la risposta dello Stato ebraico con l'operazione di terra a Gaza hanno riportato alla ribalta la questione israelo-palestinese.

Giuseppe Giannotti, portavoce dell'associazione Svizzera-Israele sezione Ticino



Con l'aggressione nei kibbutz del Sud di Israele, Hamas ha mostrato al mondo la sua ferocia, uccidendo a sangue freddo neonati, anziani, stuprando donne, falciando a raffiche di mitra i partecipanti a un raduno musicale. In tutto oltre 1.400 vittime israeliane, la maggior parte civili, oltre al rapimento

di circa 250 abitanti dei kibbutz, compresi bambini e neonati. Israele da parte sua ha messo in atto una controffensiva, bombardando Gaza City nel tentativo di neutralizzare le infrastrutture militari di Hamas, i tunnel, i depositi di armi e munizioni.

Dimenticando le atrocità di Hamas, in molti Paesi, soprattutto quelli Arabi, si lanciano accuse a Israele per questi bombardamenti che colpiscono le strutture militari, ma anche la popolazione civile. Ma Israele, purtroppo, non ha scelta. Del resto, Hamas continua a usare i civili come scudi umani, visto che infrastrutture militari, centri di comando, depositi di armi e tunnel sono presenti in modo massiccio fra le case della città, sotto gli ospedali, le scuole e le moschee. Israele per non colpire i civili li ha invitati a lasciare la zona Nord della Striscia di Gaza prima di operare i bombardamenti, ma Hamas ha tentato in tutti i modi di non farli partire

per usarli, appunto, come scudi umani, dimostrando di non aver alcuna cura per la loro vita.

E a chi invoca una tregua, la soluzione a due popoli e due Stati, accusando Israele di occupare i territori palestinesi, è bene ricordare che tra Hamas e Israele non c'è nessuna questione territoriale.

Il governo israeliano nel 2005 ha sgomberato tutti gli insediamenti ebraici dalla Striscia di Gaza. Hamas, come si evince dal suo statuto e anche dalle dichiarazioni dei suoi leader, vuole solo la distruzione dello Stato di Israele. E non solo. Hamas si dichiara in lotta con tutti gli ebrei nel mondo e in generale contro tutte le democrazie occidentali considerate forze infedeli. Per Hamas «Tutta la Palestina è di proprietà islamica» (art. 11) e «non c'è soluzione alla questione palestinese che non sia attraverso la guerra santa. Iniziative, proposte e conferenze internazionali sono tutte perdite di tempo e sforzi vani» (art. 13). Hamas, quindi, non ha nulla da negoziare con nessuno.

Dunque, chi manifesta, anche in Svizzera, a favore dei palestinesi e contro Israele e contro gli ebrei in generale, in un rigurgito di antisemitismo, sappia che il vero nemico della pace è Hamas. E non solo in Medio Oriente. ●

Adventszeit – Zeit der Besinnung

Von Herzen wünschen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, viel Zuversicht und Freude, stille und bereichernde Momente in der Advents- und Weihnachtszeit.

«Euch ist heute der Retter geboren! Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden!» An Weihnachten feiern wir Christen die Geburt Jesu Christi, unseres Erlösers. Wir erneuern unser Bekenntnis zum Sohn Gottes, der für uns der Schöpfer des Himmels und der Erde ist. Möge die Advents- und Weihnachtszeit für uns eine Zeit der Besinnung und gelebter Nächstenliebe sein.

Gedenken wir auch den vielen Christinnen und Christen weltweit, die ihren Glauben nicht frei ausüben können. Eine Möglichkeit, ein starkes Zeichen zu setzen, ist z.B. die Mahnwache von «Christian Solidarity International» (CSI Schweiz). Am **Mittwoch, 13. Dezember 2023 von 18.00 bis 18.30 Uhr** finden in zahlreichen Ortschaften Mahnwachen statt – «eine halbe Stunde wachen und beten für Glaubensverfolgte» (nähere Infos: www.csi-schweiz.ch). Und unterstützen Sie Werke, die sich für Menschen in Not einsetzen! Vergelt's Gott.

«Standpunkt»-Redaktion und Geschäftsleitung der EDU Schweiz

Zuschriften

Die andere Sicht

«Framing» ist das Schlagwort, wenn es darum geht, die Methode und Strategie einer sensationsgeladenen Berichterstattung zu erkennen. Framing bedeutet Einrahmen oder einen Bedeutungsrahmen setzen.

Das gezielte Framing ist eine beliebte Methode der Meinungsbeeinflussung und kommt in den Medien immer dann zum Einsatz, wenn in einer Sache ausschliesslich nur eine Sichtweise vermittelt werden soll. Es wird ein Teilaspekt, der das gewünschte Narrativ stützt, aus einem grösseren Zusammenhang des Themas genommen (geframed) und nur über diesen berichtet, alle anderen Aspekte des Themas werden ignoriert.

Eine moralisierende und mit Entrüstung aufgeladene Berichterstattung dient der Erzeugung gewünschter Emotionen und soll von den anderen Aspekten des Sachverhalts ablenken. Eine weitere Methode ist die Meinungs-Monopolisierung. Dabei wird versucht, das Thema wieder und wieder, möglichst verteilt auf verschiedenen Medien, dem Narrativ entsprechend darzustellen. Dies mit dem Ziel, der Gesellschaft zu suggerieren, es gäbe nur diese eine Sichtweise.

Personen oder auch Institutionen, die anderer Meinung sind, sollen isoliert und zu Aussenseitern gemacht werden.

Ein wohl beliebter Kampfbegriff unserer Zeit ist «Verschwörungstheoretiker». Die öffentliche Diffamierung ist dabei eine Art Pranger, wie sie im Mittelalter auf dem Dorfplatz mit Folterinstrumenten angewendet wurde – einfach mit «feineren» Mitteln.

David Höhener, Gossau SG

Krieg in Israel

Liebe Leser des Standpunkts: Wie Ihr wisst, ist der EDU und uns Israel ein besonderes Anliegen. Wir haben viele Freunde in Israel, mit denen wir in Kontakt stehen. Wir schreiben dies am 8. Oktober 2023. Seit gestern ist wieder Krieg in Israel. Wir schreiben jetzt unter dem Schock der Ereignisse. Gerade hören wir, dass an einem Jugendfestival über 250 junge Leute von Palästinensern niedergemetzelt wurden.

Das Wort Palästinenser ist eigentlich falsch übersetzt. Auf Arabisch heisst es **الفلسطينيين** «al filastinians», auf Hebräisch **פלסטינים** «falastinim». Die richtige Übersetzung dürfte deshalb auf Deutsch «Filister» lauten. Wir wissen, in Richter 13,5 steht: «Mit ihm beginnt die Rettung Israels aus der Hand der Philister», was auch heute Gültigkeit haben muss.



So bitten wir alle Leser: **Betet für Israel.** Wir wissen, dass nicht alles, was die Israelis machen, richtig ist, diese sind so fehlbar wie wir auch. Aber Israel ist Gottes Augapfel und es steht geschrieben (Sacharia 2,12): «Wer euch antastet, tastet meinen Augapfel an!»

Das Wort Hamas (ausgesprochen «chamas»), auf Hebräisch **חמאס**, bedeutet auf Deutsch Frevler und das arabische chamas **«حماس»** heisst deutsch «Gewalt». Das Kürzel «Hamas» bedeutet «islamische Widerstands-Bewegung». Ihr Ziel ist die Beseitigung des Staates Israel. Erlaubt uns noch eine Bemerkung. Martin Buber (geboren 1878 in Wien; gestorben 1965 in Jerusalem) hat gesagt: «Der Christ braucht nicht durchs Judentum, der Jude nicht durchs Christentum zu gehen, um zu Gott zu kommen.» Shalom Ben Chorin (1913-1999), der Buber und uns kannte, schrieb dies in seinem leider inzwischen vergriffenen Buch «Weil wir Brüder sind».

Lea und Sammy Plüss, Rheinfelden

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

baumann
elektro
jung, dynamisch und motiviert
www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

TB **TRANSPARENT BROKER**
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

Für mehr Lebensqualität.
RS **Hilfsmittel** Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

zubi
Zusammen mehr. **zubi.swiss**

eljah
Ihr Geschenk
Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch
Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!
Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. K: 079 607 12 07

VERMIETEN

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

SUCHEN

Ich (m, Jahrgang 1964) suche ab sofort ein Zimmer bei einer christlichen Familie, für drei Monate, in der Region Zürich. Ich freue mich auf Ihr Angebot. K: smartforever@bluewin.ch

VERSCHENKEN

Das Traktat von Manfred Paul: «Frohe Weihnachten!» ist sehr geeignet zum Weitergeben in der Adventszeit und als Beilage in die Weihnachtspost! Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE. Tel. 079 613 20 02, E-Mail: literatur-dienst@bluewin.ch

Biblische und christliche Videokassetten zu verschenken: J. und M. Steurer, Ennetbühl/Toggenburg, Tel. 079 697 79 43

VERSCHIEDENES

www.predigten4you.ch – Predigten für Sie, wie Sie es wahrscheinlich nicht gewohnt sind.

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden ersten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon: jeweils am ersten Samstag im Monat 9–11 Uhr: **Gebetsfrühstück** im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

Dietikon: jeden 2. Donnerstag, 19.30 Uhr, Christliches Zentrum Silbern, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: <https://israel-gebetstreffen.ch>

11.12. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

27.12.–2.1.2024 Silvestertage: «Nach dem Hören kommt das Handeln – auf Entdeckungsreise durch den Jakobusbrief» (auch Teilnahme an einzelnen Tagen möglich), mit Kinder- und Tee-Programme. K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

FEG Schweiz

26.12.–2.1.2024 In Pradella, Adelboden und Les Diablerets **treffen sich seit vielen Jahren Jugendliche über Neujahr**, um ganz bewusst mit dem Segen Gottes ins neue Jahr zu starten. Schon viele lebensverändernde Entscheidungen wurden in einem solchen Lager getroffen. Gerne darfst auch Du dabei sein. K: www.neujahrslager.ch

FEG Schweiz

27.12.–2.1.2024 Seit sieben Jahren treffen sich Familien im **Familienneujahrslager**, um sich ganz neu für ihren Alltag zuzurüsten zu lassen. Auch Alleinerziehende und Singles sind herzlich eingeladen. K: www.familien-nela.ch

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail:
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»
Die Ausgabe 01/2024 wird
am 18. Dezember 2023
versandt.

Redaktionsschluss:
1. Dezember 2023
Druck: 14. Dezember 2023

Die EDU verfügt neu über ein Spendenkonto, welches mit Silber abgesichert ist. Inhaber eines Silbergranulat Kontos können Spenden direkt an die Vertragsnummer der EDU (CH6947888) überweisen.

STANDPUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Danke!

Stimmt Ihre
Adresse noch?
Bitte helfen Sie Kosten
sparen und teilen Sie uns
Änderungen rechtzeitig mit:
Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

**Jetzt mit TWINT
spenden!**



QR-Code mit der
TWINT App scannen



Betrag und Spende
bestätigen



Talon

ABONNEMENT PROBENUMMERN

Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.- (11 Nummern).

GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
 031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
 Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
 Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,
 Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: Shutterstock
 3, 5, 7, 9, 10, 13, 14, 15 unten, 16: Adobe Stock
 3: Karikatur Willu
 4: Harold Salzmann
 6: www.fuer-gerechtigkeit.ch
 Kopfbilder, 2, 8, 13 oben, 19: zvg

42. Jahrgang; erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 19 500 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.–/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,5% MwSt.)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

Politdiskussion zwischen Jungparteien der EDU und EVP

Wie positionieren sich christliche Parteien in der Politik? Wieso gibt es zwei unterschiedliche Parteien? Und wie funktionierte das politische System nochmals? Diesen Fragen gingen die beiden Jungparteien der christlichen Parteien EVP und EDU im Oktober in einer ersten Politdiskussion in Erlen TG nach.



Thierry Thurnheer und Timmy Frischknecht führten gemeinsam mit dem Stübli-Team der Buchwiesengemeinde Erlen aus dem ETG-Bund einen Pilotanlass durch, um gemeinsam mit jungen Christen die Politik aus zwei unterschiedlichen politischen Blickwinkeln zu beleuchten. Die interaktive und rege Diskussion wurde durch die Leitung der lokalen Jugendgruppe neutral moderiert. So konnten viele Themenbereiche wie Familie, Migration, die Neutralität der Schweiz und deren Umgang mit Kriegen in Israel und der Ukraine sachbezogen, aus den jeweiligen Blickwinkeln betrachtet, beantwortet werden. Dabei wurden die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede beider zwei Parteien aufgezeigt und eine sehr wohlwollende und angenehme Diskussion geführt.

Gemeinsam mit dem Leitungsteam der Jugendgruppe schauen die Vertreter der Jungen EDU und der Jungen EVP auf diesen erfolgreichen Abend zurück und würden sich freuen, durch weitere gemeinsame Politdiskussionen zur Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beitragen zu können. Jugendgruppen, Kirchgemeinden oder weitere Interessierte dürfen bei Interesse gerne direkt den Kontakt zu den zu den beiden Vertretern aufnehmen und Fragen stellen.

Thierry Thurnheer, Vorstandsmitglied Junge EVP Schweiz:

thierry.thurnheer@jevp.ch

Timmy Frischknecht, Präsident Junge EDU Schweiz:

timmy.frischknecht@jedu.ch

MAHNWACHE 13.12.23

Von 18 bis 18.30 Uhr
wachen und still beten.

Infos und Orte:
www.csi-schweiz.ch/mahnwache

Wachen Sie mit!



In Solidarität mit
Glaubensverfolgten



AUTHENTISCH,
ERMUTIGEND,
SPANNEND



Falls Sie noch auf der Suche
sind nach einem sinnvollen
Weihnachtsgeschenk...

Dieses Buch ist passend für Christen, sowie
(noch) nicht Christen.
Es kann direkt bei der Autorin oder in
Buchhandlungen bestellt werden.

senn.renate@gmx.ch
ISBN: 978-3-943362-81-7

20 CHF.–

Christ und Job.ch
IDEA-Stellenmarkt

Weiter-sagen!

Finden Sie Ihre Berufung!
Das grosse Job-Portal für Christen:
www.Christ und Job.ch

Jetzt Job finden!

BB Wertmetall®
Gut zu haben.



✓ Top Rückkaufwerte

✓ Handfeste Währung für zu Hause

✓ Feingehalt 999.9

Schon seit Jahrtausenden wertvoll – mit Silber und Gold bleibt
Ihr Ersparnis nachhaltig gesund.

bb-wertmetall.ch

062 892 48 48

contact@bb-wertmetall.ch